



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Ferdinand Mang, Christian Klingen, Jan Schiffers, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Linke Gewalt – Vormarsch stoppen! II

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts einer wachsenden Zahl an Linksextremisten sowie der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Härte der linken Szene sich dafür einzusetzen, im Bereich der politischen Bildung an Schulen Linksextremismus intensiver zu thematisieren, um dadurch präventive Maßnahmen gegen Extremismus auszubauen und Schüler vor den Gefahren und Folgen linker Gewalt zu schützen.

Begründung:

Bereits seit 2009 gibt es an Schulen Angebote für Schulleiter, Lehrkräfte, Eltern sowie Schüler, die einen Ansprechpartner bei Fragen rund um Extremismus aufsuchen möchten. Das geschulte Personal soll dabei möglichst frühzeitig extremistische Tendenzen bei den gemeldeten Personen erkennen und unterbinden, um präventiv Extremismus zu bekämpfen. Auch werden für Schulleiter und Lehrer hierfür Fortbildungen angeboten, für Eltern und Schüler Materialien bereitgestellt, um sich über Extremismus zu informieren.

Das Angebot der Regionalbeauftragten scheint jedoch recht einseitig, betrachtet man die Themeninhalte wie beispielsweise: „Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und „Stammtischparolen“, Abwertung von Minderheiten, Linksextremismus, Islamfeindlichkeit, religiös begründeter Extremismus, Jugendszenen zwischen Islamismus und Salafismus“¹. Sechs von zehn Themen beschäftigen sich mit ähnlichem Inhalt, wobei Linksextremismus als oberflächliches, undifferenziertes Thema vermittelt wird. Die daraus resultierenden Folgen zeigen sich in der Radikalisierung meist junger Menschen und einem signifikanten Anstieg an Linksextremisten in den vergangenen Jahren. So kam es in den Jahren 2016 bis 2019 deutschlandweit zu einer Erhöhung an Linksextremisten um über 17 Prozent².

Die Zahl linksmotivierter Straftaten hat ebenfalls zugenommen. Dies wird besonders in Großstädten wie beispielsweise Berlin deutlich, in denen sich linke Gewalttäter formieren und gezielt in Aktion treten. Zwischen 2008 und 2013 kam es hier bereits zu einer Verdoppelung der linksmotivierten Straftaten³, wobei sich dieser Trend seither auch im

¹ <https://www.politischebildung.schulen.bayern.de/schulkultur-und-schulentwicklung/foerderung-der-demokratischen-schulkultur/netzwerk-gegen-extremismus/>

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39534/umfrage/entwicklung-des-linksextremismuspotenzials-in-deutschland/>

³ <https://www.morgenpost.de/berlin/article206953539/Linksradikale-Szene-in-Berlin-Jung-maennlich-artslos.html>

Rest Deutschlands fortgesetzt hat. Allein von 2018 auf 2019 kam es bundesweit zu einer Erhöhung der verübten linksextremistischen Straftaten um fast 40 Prozent⁴.

In den vergangenen Jahren, aber scheinbar auch zusätzlich angestachelt durch die Coronakrise, der damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der erhöhten Polizeipräsenz, nahm die Aggressivität linker Straftäter deutlich zu. Im Oktober 2020 beispielsweise kam es in Berlin zu gewaltsamen Ausschreitungen bei denen bis zu 1 700 beteiligte Extremisten gezielt Einsatzkräfte, als ihr typisches Feindbild, mit Steinen und Flaschen bewarfen und angriffen⁵. Auch im November 2020 kam es zu Krawallen mit ca. 50 Linksextremisten, die durch die Innenstadt von Jena marschierten und dabei gezielt Polizisten angriffen, Einsatzfahrzeuge beschädigten, Mülltonnen anzündeten und demolierten und Fensterscheiben einer Bank zertrümmerten⁶.

Bei den Tätern handelt es sich dabei zumeist um junge Menschen unter 30 Jahren, wobei über 40 Prozent der Linksextremisten unter 24 Jahren sind⁷. Eine ausgewogene Ausweitung der Maßnahmen gegen linke Gewalt und Linksextremismus im Bereich politischer Bildung erscheinen daher eine sinnvolle Verbesserung des Angebots an Bayerns Schulen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, angesichts steigender Zahlen linksextremistischer Gewalt und der zunehmenden Härte der Straftaten dringend politisch entgegenzuwirken, um durch präventive Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung an Schulen, Schüler über Gefahren und Folgen des Linksextremismus aufzuklären, sie zu warnen und zu beschützen.

⁴ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf;jsessionid=6EC391A3AEB568826AA7BE3CC21D9072.1_cid373?_blob=publicationFile&v=11

⁵ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-10/berlin-raeumung-liebig34demonstration-ausschreitungen-linksextremismus-andreas-geisel-thomas-haldenwang>

⁶ <https://www.welt.de/regionales/thueringen/article219953200/Linke-Krawalle-in-Jena-Stadt-verurteilt-Gewaltausbruch.html>

⁷ https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Linksextremistische_Straf_und_Gewalttaeter_LfVSN.pdf